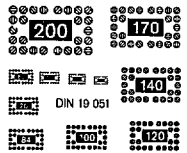

POLITIK

Nr. 17 Nov. 1986 Informationsdienst der SPD

Schwerpunkte eines landwirtschaftlichen Aktionsprogramms.

Rede von Johannes Rau Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

40 Jahre sind in der über 120jährigen Geschichte der SPD ein vergleichsweise kurzer Zeitraum. Was viele nicht wissen, ist, daß sich die SPD nicht erst seit 1946, dem Gründungsjahr des Agrarausschusses beim SPD-Parteivorstand, intensiv mit der Agrarpolitik auseinandergesetzt hat.

Ich will kurz daran erinnern, um immer noch vorhandene Mißverständnisse und Vorurteile über das Verhältnis zwischen SPD und Landwirtschaft aus der Welt zu räumen.

Um die Jahrhundertwende gab es in der Sozialdemokratischen Partei eine grundlegende agrarpolitische Debatte über die Rolle und die Entwicklung der Landwirtschaft im Zuge der Industrialisierung. Eine Frage, die heute wieder von höchster Aktualität ist. Die Frage war, ob der Untergang der Kleinbetriebe naturnotwendig und die Entwicklung zum Großbetrieb unabänderlich ist.

In der SPD hat sich diese Auffassung nicht durchgesetzt. Man erkannte, daß es grundlegende Unterschiede zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion gibt. Die Agrarreformer in der SPD setzten sich klar für den aktiven Schutz bäuerlicher Familienbetriebe und das Eigentum der Bauern an ihrem Grund und Boden ein. Das Ja zum Familienbetrieb und zur bäuerlichen Landwirtschaft wurde im Kieler Agrarprogramm von 1927 niedergelegt.

In der Nachkriegszeit hat der Agrarausschuß beim SPD-Parteivorstand an diese Tradition sozialdemokratischer Agrarpolitik angeknüpft. Die große Herausforderung war zunächst, Not, Hunger und Elend im Nachkriegsdeutschland zu überwinden. Agrarpolitik bedeutete vor allem Ernährungssicherung und die Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Erzeugung: auch für die Eingliederung von Millionen Flüchtlingen.

Aber schon sehr frühzeitig hat sich die SPD um die Verbesserung der sozialen Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung gekümmert. Ziel war, Arbeitnehmer und selbständige Bauern an den Früchten des Wiederaufbaus und des beginnenden wirtschaftlichen Aufstiegs teilhaben zu lassen.

Es waren Sozialdemokraten, die zuerst die Forderung nach einer sozialen Absicherung der landwirtschaftlichen Bevölkerung erhoben. Das war zu einer Zeit, als andere Parteien und selbst die landwirtschaftliche Berufsvertretung dieses Thema überhaupt noch nicht entdeckt hatten.

Hier liegt ein bleibendes Verdienst der Agrarpolitiker der SPD. Von den vielen Männern und Frauen, die sozialdemokratische Agrarpolitik in den letzten 40 Jahren mitgestaltet haben, möchte ich einen stellvertretend für alle herausheben: den langjährigen Vorsitzenden des Agrarausschusses, Martin Schmidt (Gellersen).

Lieber Martin Schmidt, Du hast die Agrarpolitik von 1946 bis 1986 und den Beitrag des agrarpolitischen Ausschusses unserer Partei nachgezeichnet. Deine Person blieb dabei im Hintergrund. Aber vieles, was erreicht worden ist, was an Vertrauen in der Landwirtschaft in die Stetigkeit sozialdemokratischer Landwirtschaftspolitik gewonnen wurde, ist Dein bleibendes Verdienst. Du hast einen wichtigen Zeitabschnitt sozialdemokratischer Politik mitgeschrieben und mitgestaltet. Dafür danke ich Dir sehr herzlich.

Heute stehen wir an einem Wendepunkt in der Agrarpolitik. Der Mangel der Nachkriegsjahre ist längst in einen kaum noch beherrschbaren Überfluß umgeschlagen.

Die Entwicklung hat sich seit vielen Jahren abgezeichnet. Trotzdem wurde in der Europäischen Gemeinschaft an Marktordnungen festgehalten, die in Zeiten des Mangels geschaffen wurden. Trotzdem wird immer noch eine Strukturpolitik betrieben, die Produktionssteigerungen fördert und auf die Menschen in der Landwirtschaft und die Natur wenig Rücksicht nimmt.

Ich stelle heute fest: Es wurde nicht rechtzeitig gegengesteuert. Wir müssen dies auch als Sozialdemokraten selbstkritisch feststellen, auch wenn es an Warnungen und Reformvorschlägen von unserer Seite im letzten Jahrzehnt nicht gefehlt hat. Ich erinnere zum Beispiel an die Vorschläge der sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen in den Jahren 1974 und 1980. Wir haben damals keine Unterstützung gefunden. Die heutige Agrarpolitik hat katastrophale Auswirkungen und Ergebnisse. Ich will Ihnen dazu einige Zahlen nennen:

Seit 1982 haben sich die Getreideüberschüsse verdoppelt, die Butter- und Rindfleischüberschüsse sogar vervierfacht.

Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte lagen im letzten Wirtschaftsjahr um mehr als 7 Prozent unter dem Niveau des Jahres 1982/83. Die Preise für Getreide, Rinder und Schweine sind sogar um 14 bis 15 Prozent abgesackt.

Und schließlich ein Wort zur Einkommenslage der Landwirtschaft. Auch hier ist ein kräftiges Minus von 12 Prozent in der Negativbilanz festzustellen.

Ich habe in den letzten beiden Tagen in Brüssel Gespräche mit Vertretern der EG-Kommission geführt. Die Lage der Agrarpolitik und der EG-Finanzen wurde von all meinen Gesprächspartnern als äußerst bedrohlich beschrieben. Die EG ist finanziell am Ende. Aufgrund des drastisch abgefallenen Dollar-Kurses und des unumgänglichen Abbaus der riesigen Lagerbestände kommt eine Kostenlawine auf uns zu, die mit den bisherigen Finanzmitteln der Gemeinschaft nicht zu bewältigen ist.

Als besonders dramatisch hat der zuständige Agrarkommissar die Situation bei der Milch geschildert. Er hat auf den dringlichen Handlungsbedarf in diesem Bereich hingewiesen.

Die Vorstellung einiger EG-Länder, man könne die Milchquoten und Milchpreise auf dem bisherigen Niveau halten, ist nach seiner Überzeugung unrealistisch.

Eine Reform der europäischen Agrarpolitik ist deshalb unaufschiebbar. Es ist gegenüber Verbrauchern und Steuerzahlern nicht länger zu verantworten, Milliarden für die Lagerung und für die anschließende Vernichtung von Nahrungsmitteln auszugeben.

Es ist Landwirten nicht mehr zu erklären, daß in den öffentlichen Haushalten zwar immer höhere Summen für die Agrarpolitik ausgewiesen werden und trotzdem Tausende von landwirtschaftlichen Existenzen akut gefährdet sind.

Es ist unverantwortlich gegenüber Entwicklungsländern, unsere Überschüsse zu subventionierten Niedrigpreisen auf den Weltmärkten abzuladen und damit in diesen Ländern die notwendige Entwicklung der eigenen Landwirtschaft zur Verbesserung der Eigenversorgung zu untergraben.

Und schließlich müssen wir uns den Vorwurf machen lassen, durch eine fehlgesteuerte Agrarpolitik unsere natürlichen Lebensgrundlagen auf Kosten unserer Kinder auszubeuten.

Die notwendige Reform der Landwirtschaftspolitik stellt Politiker und Landwirte vor große Herausforderungen. Wir brauchen klare Konzepte, die den Landwirten Zukunftsperspektiven geben und die von Verbrauchern und Steuerzahlern verstanden werden.

Besonders den Landwirten wird viel abverlangt. Jahrzehntelang wurden sie zur Steigerung von Produktion und Produktivität aufgefordert. Dann sind sie durch eine falsche Preis- und Strukturpolitik, durch Forschung und Beratung in die Mehrproduktion getrieben worden. Jetzt plötzlich wird von Ihnen — gegen finanziellen Ausgleich — eine Extensivierung oder gar der Verzicht auf Produktion verlangt. Jetzt wird das Anpflanzen von Hecken, das Pflegen von Flußläufen oder das Nichtspritzen von Ackerrändern honoriert, wo bislang mit Hilfe des Staates Hecken gerodet, Flußläufe begradigt und Wege betoniert wurden.

Deshalb ist es ungerecht, wenn heute die Landwirte für die Überschußerzeugung verantwortlich gemacht und wenn sie auf die umweltpolitische Anklagebank gesetzt werden.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen den Weg der Zusammenarbeit und des Miteinander gewählt. Wir haben gemeinsam mit den Landwirtschaftsverbänden, den Landwirtschaftskammern und der Agrarwissenschaft das „Programm für eine umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft" vereinbart.

Wir wollen mit diesem Programm zu einer Versöhnung von Ökologie und Ökonomie in der Landwirtschaft beitragen. Wir folgen dabei dem Grundsatz, daß sich ökologisches Verhalten auch ökonomisch für den Landwirt rechnen muß. Damit haben wir ein Modell geschaffen, dem heute viele nacheifern.

Die große Herausforderung — auch in der Agrarpolitik Ökonomie und Ökologie zu versöhnen, richtet sich aber nicht nur und nicht in erster Linie an die Länder, sondern vor allem an die EG und an den Bund. Als Ministerpräsident sage ich ganz deutlich: Die Entlastung europäischer Agrarmärkte kann nicht durch die Naturschutzpolitik der Bundesländer finanziert werden.

Hierdurch würden Aufgabenverteilung und Finanzierungszuständigkeiten zwischen EG, Bund und Ländern durch die Hintertür neu geregelt. Und zwar zu Lasten der Länder.

Bei aller Bereitschaft der Bundesländer für landeseigene Programme und Initiativen muß Klarheit geschaffen werden. Ich sehe hierin eine der wichtigen Aufgaben sozialdemokratischer Agrar- und Umweltpolitik in der nächsten Legislaturperiode.

Wir haben es in der Agrarpolitik mit weltweiten und säkularen Veränderungen zu tun. In den Industrieländern türmen sich die Agrarüberschüsse, weil die Produktion ungebremst steigt und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln sinkt. Durch Hochpreispolitik lassen sich die Einkommen der Landwirte nicht mehr allein sichern. Preis- und Einkommensstützung gegen die Marktverhältnisse ist volkswirtschaftlicher Unsinn und wie die Entwicklung zeigt, auf Dauer auch nicht finanzierbar.

Neue Chancen liegen vielmehr darin, daß die Nachfrage nach Natur und Landschaft, nach sauberer Umwelt und gesunden Nahrungsmitteln ansteigt. Hier liegt wichtiger Bedarf der Zukunft und hier bieten sich für viele Landwirte neue Chancen für die Zukunft.

Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Aufgaben am besten von einer vielfältig wirtschaftenden und überwiegend bäuerlich strukturierten Landwirtschaft erfüllt werden können.

Dies ist sozialdemokratische Tradition, und wir bleiben dabei. Aber es drohen Gefahren. Die zunehmende Industrialisierung auch der landwirtschaftlichen Produktion bereitet mir Sorgen — aus agrar- und aus umweltpolitischen Gründen.

Ich stelle hier klipp und klar fest: Ich bin gegen Agrarfabriken. Sie einzudämmen, muß europaweit geschafft werden.

Dies bedeutet nicht, über die gegenwärtige Struktur der Landwirtschaft eine Käseglocke zu stülpen. Auch die Landwirtschaft muß sich dem Strukturwandel stellen, und er läuft allein schon deshalb an, weil die Kinder vieler Landwirte nicht mehr bereit sind, den Hof der Eltern zu übernehmen.

Wir müssen vor allem für die Menschen nach Alternativen innerhalb und wenn es sein muß, auch außerhalb der Landwirtschaft suchen. Unser Ziel muß sein, die Menschen in den ländlichen Räumen zu halten und sie nicht in die Ballungsgebiete zu treiben.

Der Übergang in den Nebenerwerb muß erleichtert werden, es darf keine Diskriminierung der Nebenerwerbslandwirtschaft geben.

Die SPD hat ihre Reformvorschläge im November letzten Jahres vorgelegt. Sie knüpfen an frühere Vorschläge an, und sie laufen im Kern auf eine marktgerechtere Preispolitik im Rahmen der EG und auf den verstärkten Einsatz direkter Einkommensübertragungen hinaus.

C87-629
Archiv der sozialen Demokratie Bonn Bibliothek

Ich habe in dem auf dem Offenburger SPD-Parteitag beschlossenen Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode ein Aktionsprogramm „Reform der Landwirtschaftspolitik" angekündigt. Dieses Aktionsprogramm zielt auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Landwirtschaftpolitik in der EG, im Bund und in den Ländern.

Ich will in aller Kürze die Schwerpunkte umreißen:

1. Marktgerechtere Preise

In der EG-Agrarpolitik können die Preise nicht mehr länger gegen den Markt und an den Marktverhältnissen vorbei festgesetzt werden. Wenn von jeder Mark, die der Staat für die Durchführung der bisherigen Landwirtschaftpolitik ausgibt, weniger als 20 Pfennig beim Erzeuger ankommen, ist etwas faul am System.

Unsere erste Forderung lautet deshalb:
Marktgerechtere Preispolitik und Anpassung der Marktordnungen.

Diese Neuorientierung bedeutet nicht, daß wir auf die Preispolitik verzichten wollen. Der gemeinsame Preis ist ebenso wie der gemeinsame Schutz an den Außengrenzen der EG unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß der gemeinsame Agrarmarkt funktioniert. Wir lehnen Weltmarktpreise ab.

2. EG-Vereinbarungen zum Abbau der Überschüsse

Der Übergang zu einer marktgerechteren Politik kann nur allmählich erfolgen. Ein Zusammenbruch der Märkte, ein drastischer Verfall von Preisen und Einkommen muß vermieden werden.

Deshalb sind ergänzende Maßnahmen zum Abbau der Überschüsse erforderlich. Hier gibt es gravierende Meinungsunterschiede in der EG. Die gegenseitige Blockade der Mitgliedsländer muß durch eine Anpassung des gegenwärtigen Agrar- und Finanzierungssystems überwunden werden.

Ich befürworte einen Stufenplan, in dem sich die EG-Länder zur Begrenzung der Produktion verpflichten. Dabei geht es nicht um technische Einzelheiten, sondern um die Festlegung von Grundsätzen. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung würde in der EG die Initiative ergreifen und konkrete Vorschläge auf den Tisch legen.

3. Direkte Einkommensübertragungen und Neugestaltung der Förderpolitik

Statt Finanzmittel zunehmend in die Überschußproduktion zu stecken, wollen wir sie für direkte Einkommensübertragungen an Landwirte verwenden und dabei vor allem ökologische Leistungen entgelten.

Damit kann gerade kleinen und mittleren Betrieben geholfen werden. Wir fordern, alle Fördermaßnahmen von EG, Bund und Ländern auf ihre Sozial- und Umweltverträglichkeit hin zu überprüfen.

Wir fordern weiter: Im Interesse unserer bäuerlichen Familienbetriebe und aus Gründen des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen muß dem weiteren Konzentrationsprozeß in der Tierhaltung und damit dem Entstehen von Agrarfabriken begegnet werden.

4. Gesunde Ernährung sichern

Eine marktgerechtere europäische Agrarpolitik ist die beste Verbraucherpolitik. Wir wollen eine preisgünstige und qualitätsbezogene Versorgung der Verbraucher mit Nahrungsmitteln.

Wir fordern eine europäische Verbraucherpolitik, die eine Harmonisierung des Lebensmittelrechts in der EG auf höchstem Niveau ermöglicht.

Landwirte, Verbraucher und Steuerzahler sitzen in einem Boot. Damit dieses Boot nicht kentert, ist eine Reform der Agrarpolitik notwendig. Wir Sozialdemokraten glauben, dafür vernünftige Antworten zu haben.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1
Druck: Courir-Druck GmbH, Königswinterer Str. 115, 5300 Bonn 3 — 11-86 — A1 — 50 — Bestell-Nr. 200 194